

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 16/2015

04. Dezember 2015

Innenministerium plant Pilotprojekt zur "Body-Cam" in Bayern

Das Pilot-Projekt zur "Body-Cam" soll nächstes Jahr in den Städten München, Rosenheim und Augsburg unter Führung des PP München gestartet werden. Die Body-Cam soll dabei vor allem in Weggevierteln und Feiermeilen zum Einsatz kommen. Konkrete Details werden derzeit noch vom StMI ausgearbeitet. LPP Schmidbauer möchte durch das Pilotprojekt eigene Erfahrungswerte sammeln, erhofft sich aber wie in Hessen einen deutlichen Rückgang der Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Dort ging diese während des Pilotprojekts um 37,5 % zurück (einen Link zur Bewertung dieses Piloten in Frankfurt findet Ihr unten am Ende des Textes). Und in Bayern gab es im Jahr 2014 beinahe 15.000 Angriffe auf bayerische Polizeibeamte. Schmidbauer möchte aber anders als in Hessen weiterhin nur zwei Streifenbeamte losschicken und nicht wie in Hessen einen eigenen dritten Beamten, der „nur“ Video-Aufnahmen macht.

Von der Body-Cam erhofft man sich vor allem: Reduzierung von Gewalt, deeskalierende Wirkung, Steigerung der Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft, Erhöhung der Hemmschwelle, Reduzierung der Solidarisierung. Die GdP Bayern begrüßt das vorgesehene Pilot-Projekt und wird den Test von Anfang bis Ende konstruktiv begleiten. Die GdP Bund hat sich anlässlich der derzeit laufenden Innenministerkonferenz ebenfalls diesbezüglich zu Wort gemeldet: Die Bodycams sollten nur an polizeibekanntem Brennpunkten eingesetzt werden, wo Gewaltvorfälle gegenüber den Beamten nahezu an der Tagesordnung seien „Wir wollen keine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Diese Kameras werden erst dann zugeschaltet, wenn sich eine Eskalation abzeichnet.

Eine ausführliche Bewertung des Pilotprojekts in Frankfurt findet Ihr unter folgendem Link ab Seite 13:

[http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/700E0D229823D638C1257D5D0036C3B9/\\$file/FM_2014-09.pdf?open](http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/700E0D229823D638C1257D5D0036C3B9/$file/FM_2014-09.pdf?open)

Die Pressemitteilung des StMI mit allen Detailinformationen findet Ihr hier:

<http://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2015/443/index.php>



Die Filmaufnahme dient im Übrigen nicht nur dem Schutz der Beamten, sondern auch der Beweissicherung“, betonte der GdP-Vize. Geprüft werden solle zudem, ob künftig auch Tonaufzeichnungen möglich seien. Radek: „Die positiven Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen in Hessen nach einer mehrjährigen Testphase zeigen, dass sich potenzielle Gewalttäter von der Bodycam effektiv abschrecken lassen. Dieses Signal sollte jetzt von allen Innenministern und Innensenatoren aufgenommen werden“

Die Landtagsfraktionen der CSU, SPD und Freien Wähler tragen den Versuch ebenfalls als hoffentlich wirksame Maßnahme zur Eindämmung der Gewalt gegen Polizeibeamte mit, einzig die Grünen sind von dem Mittel aus datenschutzrechtlichen Bedenken nicht ausnahmslos überzeugt.

Kritisch betrachtet wird der Versuch hingegen vom Landesbeauftragten für Datenschutz, Dr. Thomas Petri: Der Versuch in Hessen beruhe lediglich auf 14 Fällen und die positive Wirkung könne ebenso an der Erscheinung von drei

Streifenbeamten gelegen haben. Er unterstützt zwar die Testphase, sieht aber für einen dauerhaften Einsatz der Body-Cam in Bayern keine hinreichende rechtliche Grundlage. Es werde bei einem solchen Einsatz in individuelle Grundrechte eingegriffen, so Dr. Petri. Daher bedürfe es eines enormen Schulungsaufwandes für die filmenden Beamten. Er warnt zudem vor einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Bürger und Polizei, da die Bürger sich stets kritisch beäugt fühlten und im Falle von Filmaufnahmen durch die Polizei auch selbst Aufnahmen von der Polizei machen dürften.

Gewerkschaft prangert personelle Unterbesetzung an

Stefan Salger berichtet im SZ Magazin: „Die Polizei hat längst alle Belastungsgrenzen überschritten. Das gilt auch für die vier Landkreis-Inspektionen in Fürstenfeldbruck, Germering, Olching und Gröbenzell. Die sind offenbar hoffnungslos unterbesetzt, die Aufgaben aber werden immer mehr.“

Der Artikel vom 27. November ist über die [Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung](#) abzurufen.

Alexander Weggartner aus Germering der die GdP-Kreisgruppen Fürstenfeldbruck, Dachau, Starnberg und Landsberg vertritt, macht deutlich:

Wir sind am Limit!

„Die Reserven der Polizei sind durch die Sparmaßnahmen der letzten Jahre aufgebraucht.“

„Die unverzügliche Aufstockung des Personals wie in Manching ist eine zwingend notwendige Maßnahme - wir brauchen wie in Ingolstadt Personal für die Betroffenen der Flüchtlingssituation.“

Innenminister Herrmann berichtet über aktuelle Lage der Inneren Sicherheit



Nach den furchtbaren Terroranschlägen in Paris vor wenigen Wochen berichtete am Mittwoch Innenminister Joachim Herrmann (CSU) im Innenausschuss über die aktuelle Situation der Sicherheit in Deutschland. Die Abgeordneten wollten Informationen aus erster Hand, um die derzeitige Sicherheitslage in Deutschland und Mitteleuropa adäquat einschätzen zu können. Nachdem Herrmann

nochmals explizit die Geschehnisse vom 13. November in Paris erläuterte, wies er auch auf die Absage des Fußball-Länderspiels zwischen Deutschland und den Niederlanden hin. Hier hätte es ernstzunehmende Hinweise auf einen Terroranschlag gegeben, die eine Absage aus Sicherheitsgründen in jedem Fall rechtfertigten. Die aktuelle Gefährdungslage für Deutschland und Bayern beschrieb Herrmann so: „Obwohl es aktuell keine konkreten Erkenntnisse auf einen bevorstehenden Anschlag in Deutschland gibt, müssen wir (...) von einer erhöhten Anschlaggefahr ausgehen. Die Bedrohungslage ist ernst.“

Der Innenminister erwähnte, dass zwei der ums Leben gekommenen Attentäter mit syrischen Pässen über die Balkanroute nach Frankreich gereist seien. Es sei unklar, inwieweit der IS bewusst die Flüchtlingsströme für seine Zwecke nutze, um die Flüchtlinge in Misskredit zu bringen oder unerkannt nach Europa zu reisen. Herrmann war jedoch sehr wichtig zu betonen, dass die Flüchtlinge hier keinesfalls unter Generalverdacht gestellt würden. Herrmann erntete diesbezüglich jedoch nochmals Kritik aus den Reihen der Opposition über seine Äußerung von letzter Woche, dass ein Attentäter über Bayern nach Frankreich gereist sei. Nachdem sich diese Meldung als wohlweislich falsch her-

ausstellte, mahnten die MdL Katharina Schulze und Paul Wengert zur Vorsicht bei derartigen vorschnellen Schlüssen, um in der Bevölkerung nicht zusätzlich Ängste zu schüren.

Für Bayern stellte Herrmann folgende Beschlüsse zur Wahrung der Inneren Sicherheit in den Vordergrund: Schaffung von 300 zusätzlichen Stellen, die sich wie folgt verteilen. Schleierfahndung: 150 Stellen, Spezialeinheiten: 50 Stellen, Kriminalpolizei: 50 Stellen, Präventionsarbeit gegen islamistische Radikalisierungsversuche: 35 Stellen, SoKo „Schwerer Steuerbetrug: 15 Stellen. Außerdem würden unmittelbar 65 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, mit denen eine verbesserte Schutzausstattung der Polizei, die Beschaffung speziell gepanzerter Fahrzeuge und die Modernisierung von Trainingszentren finanziert werden sollen.

Für die Bayerische Polizei bedeutet das Maßnahmenpaket der Bayerischen Staatsregierung wieder einmal erhebliche Mehrarbeit. Erhöhung der Polizeipräsenz im Öffentlichen Raum, lageangepasste Gefährdungsbewertung für Objekte und Personen, Gewährleistung der unmittelbaren Verfügbarkeit von Spezialeinheiten, -kräften und geschlossenen Einheiten, Verstärkung der Schleierfahndungsmaßnahmen, Überprüfung islamistischer Gefährder sowie die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe beim Bayerischen Landeskriminalamt sind alles Maßnahmen, die zusätzliches und derzeit nicht ohne weiteres verfügbares Personal binden werden. Angesichts der nach wie vor hohen Flüchtlingszahlen in Bayern sei die Situation für Bayerns Polizeibeschäftigte alles andere als rosig, so Herrmann. Er nutzte die Gelegenheit aber, den Kolleginnen und Kollegen für „ihren hohen Berufsethos und ihren Einsatz“ zu danken. Im Innenausschuss bestand daher Einigkeit darüber, dass die Polizei weiter gestärkt werden müsse. Die GdP Bayern erkennt die zusätzlich bewilligten Stellen zwar an, doch aktuell ist es wieder einmal am vorhandenen Personal, die Probleme zu bewältigen. Eine Entlastung kann nur erfolgen, indem Aufgaben kritisch überprüft werden, ob dies unbedingt durch die Polizei erledigt werden muss und es müssen Verwaltungsarbeiten durch zusätzliche Tarifbeschäftigte erfolgen.

Landesvorsitzender Schall beim PP Unterfranken

Polizeipräsident Gerhard Kallert empfing gemeinsam mit dem Personalchef und dem E 2 des PP Unterfranken unseren Landesvorsitzenden Peter Schall und die unterfränkische GdP-Führung zu einem intensiven Austausch über topaktuelle Polizeithemen. In offener und freundlicher Atmosphäre standen im Gespräch neben Dauerbrennern wie z.B. PHMZ-Problematik und Personalsituation natürlich auch unterfränkische Themen im Vordergrund, die von dem gebürtigen Unterfranken Peter Schall mit besonderem Interesse aufgenommen wurden.



V.l.: Polizeipräsident Gerhard Kallert, Landesvorsitzender Peter Schall und der unterfränkische GdP-Chef Holger Zimmermann mit seinen beiden Vertretern Evelyn Klügeln und Otmar Senft

GdP erreicht höhere Investitionen für Geschlossene Einheiten bei der Polizei



Clemens Murr, Mitglied des GBV

Die Bereitschaftspolizeien der Länder erhalten nach Intervention der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zusätzlich 6,5 Millionen Euro für Investitionen in den veralteten Fahrzeugpark. Diese Summe steht nach Informationen aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für das kommende Jahr bereit. Die Abgeordneten plädierten demnach an den Bundesinnenminister, die Summe auch für die darauffolgenden Jahre zur Verfügung zu stellen. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek bezeichnete diese dringende Finanzspritze als ersten Erfolg beim Ringen um bessere Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in den Bereitschaftspolizeien.

Radek sagte am Donnerstag in Berlin: „Ich danke den GdP-Landesbezirken, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand massiv auf die politischen Entscheidungsträger bundesweit erfolgreich

eingewirkt haben.“ Viele Einsatzfahrzeuge seien zwischen 11 und 20 Jahre alt, erklärte der GdP-Vize zur Begründung des Vorstoßes der Gewerkschaft.

Die deutlich veränderte Sicherheitslage und neue Gefahrenszenarien für die Einsatzkräfte erforderten jedoch darüber hinaus permanent Anpassungen der sogenannten Führungs- und Einsatzmittel. Dazu gehöre eine moderne und praxistaugliche Körperschutzausstattung für unterschiedliche Einsatzlagen sowie mit geschlechterspezifischen Eigenheiten. Das für die Bereitschaftspolizei (BePo) zuständige Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Clemens Murr, sagte in München: „Die Dauer und Anzahl länderübergreifender Einsätze der Bereitschaftspolizei sind in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen. Mehr Einsätze bedeuten zwangsläufig eine spürbar höhere Belastung und auch ihrer Ausrüstung. Der Bund muss weiter in die Bereitschaftspolizei investieren, ansonsten fährt er die BePo weiter auf Verschleiß.“

Die GdP hatte Mitte August in einem Brief an die Vorsitzenden des Innen- und Haushaltsausschusses des Bundestages auf den eklatanten Widerspruch zwischen dem 2013 beschlossenen Koalitionsvertrag und der Mittelverteilung im Bundeshaushalt 2016 hingewiesen. Auch der GdP-Landesbezirk Bayern hatte Innenminister Joachim Herrmann entsprechend um Unterstützung bei den Verhandlungen mit dem Bund gebeten.

Auswahlverfahren für Zulassung zum Studium 3. QE

Auch wenn andere schon verbreiten, dass ab 2017 das neue Auswahlverfahren in jedem Fall durchgeführt wird, so ist dazu zu sagen, dass dieses Verfahren gerade erst entwickelt wird.

Aufgrund der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte besteht kein Zeitdruck. Daher will die GdP keine „Schnellschüsse“, ein neues Auswahlverfahren soll zum einen gerecht für alle aber auch rechtskonform sein. Ideal wäre die Umstellung auf ein neues Auswahlverfahren, das zusammen mit der neuen Beurteilung erst 2018 in Kraft tritt – die GdP sieht das so wie viele Beurteiler: Keine Änderung der Spielregeln im laufenden Spiel und rechtzeitig vor der neuen Beurteilungsrunde 2017 muss klar sein, wie diese Regeln für die Zukunft aussehen.

GdP zu allgemeiner Reduzierung von Gästekarten beim Fußball: Kartenkontingentierung ist Bankrotterklärung der Sicherheitspolitik

Eine allgemeine Kontingentierung von Gästekarten bei Fußballspielen in den Profiligen lehnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ab. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert sagte: „Es kann nicht sein, dass Fußballanhänger pauschal für die Personaleinsparungen bei der Polizei bestraft werden. So kann man den wenigen Gewalttätern bei Fußballspielen nicht Herr werden.“

Nach GdP-Informationen will die am heutigen Mittwoch beginnende Innenministerkonferenz eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger einsetzen, die über eine zusätzliche Begrenzung der Gästekarten-Kontingente in der Bundesliga beraten soll. Ziel sei es, den Kartenverkauf auch bei solchen Spielen einzuschränken, die erfahrungsgemäß

friedlich verlaufen, wenn nicht genügend Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, um die Partie zu schützen. „Das wäre eine Bankrotterklärung der Sicherheitspolitik“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Plickert, der auch Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen ist, in Düsseldorf. Dieses Vorhaben beweise, wie berechtigt die GdP-Forderungen nach mehr Personal bei der Polizei seien. „Um die Gewalt rund um den Fußball nachhaltig bekämpfen zu können, muss die Polizei intensiver die Gewaltszene aufklären. Wir wollen die Täter gerichtsfest überführen, statt friedliche Fans vom Fußball auszuschließen.“ Meldeauflagen und Betretungsverbote schützten zudem die ganz überwiegend friedlichen Fans und bestrafte diejenigen, die Fußballspiele nur für Randalen missbrauchen wollen.

10. GdP-Jubiläums-Bowling-Cup der Kreisgruppe Würzburg

In der „Extrem Bowling Arena“ im Mainfrankenpark Dettelbach fand der 10. GdP-Bowling-Cup der Kreisgruppe Würzburg statt. Auch in diesem Jahr hatten die Organisatoren wieder aufgerufen, das beste Polizei-Bowling-Team aller unterfränkischen Polizeidienststellen zu ermitteln. Als sogenanntes Jubiläums-Highlight gab es ein Gewinnspiel mit vielen tollen Preisen - jedes Los war ein Gewinn.

Die Moderation und Turnierleitung hatte der Kreisgruppenvorsitzende Christian Schulz übernommen. Dabei wurde er tatkräftig durch seine Vorstandsmitglieder Roman Albrecht, Christian Keß, Otto Junker und Albert Schulz unterstützt.

Die Siegerehrung erfolgte nach zwei spannenden Spielrunden. Die drei Erstplatzierten und der beste Einzelspieler sowie die

beste Einzelspielerin konnten jeweils einen Pokal mit nach Hause nehmen.

Den ersten Platz belegte das „A/E Team“ (PI Würzburg-Stadt/PI Schweinfurt), sie sicherten sich mit 1292 Punkten den Siegerpokal. Das Team „All you can Pin“ (12. BPH/E) erkämpfte sich den zweiten Platz mit 1187 Punkten. Dahinter folgte das „Team 1“ vom 9. Ausbildungsseminar auf dem dritten Platz, mit 1007 Punkten.

Der Pokal für den besten Einzelspieler ging in diesem Jahr an Philipp Löhrlin, welcher 364 Pins zu Fall gebracht hatte. Beste Einzelspielerin war Gisela Schnabel mit 250 Pins.

Die Ergebnislisten mit vielen Bildern und Infos zum nächsten Turnier findet man unter www.gdp-bowling.de



Das Bild zeigt die Sieger des 10. GdP-Bowling-Cup mit dem Kreisgruppenvorsitzenden Christian Schulz; Foto: Christian Kess

MIT RECHT

solidarisch!

Rechtsschutz mit der GdP

*Menschlich,
verlässlich,
für Alle!*



FUJITSU-PRODUKTE FÜR GdP-MITGLIEDER MIT **WEIHNACHTS- RABATTEN**



GdP Service GmbH

LIFEBOOK A514
Multimedia-Notebook

~~459,00 €~~
399,00 €*



ESPRIMO Q520 (Edition 1)
Mini-PC

~~449,00 €~~
399,00 €*



Display L27T-1 LED
Bildschirm

~~259,90 €~~
225,90 €*



Wireless Keyboard Set LX390
Tastatur inklusive Maus

~~22,90 €~~
16,90 €*



Ausführliche Produktinformationen und Bestellungen unter
<http://shop.fujitsu.com/gdp>. Einfach mit Deiner Mitglieds-
nummer anmelden, in Ruhe auswählen und online bestellen!
Oder Code scannen und anmelden ...

* Alle Preise beinhalten die gesetzl. MwSt.; ab 100,- € Warenwert versandkostenfrei. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. Angebot gilt, solange Vorrat reicht.